Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6158
(zu Drucksache 11/6030)

21. 12. 89

Sachgebiet 53

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Unterhaltssicherungsgesetzes und anderer wehrrechtlicher Vorschriften
— Drucksache 11/6030 —

hier: Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates vom 1. Dezember 1989

Die Bundesregierung nimmt zu dem Vorschlag des Bundesrates, beschlossen in der Sitzung vom 1. Dezember 1989 (BR-Drucksache 545/89), wie folgt Stellung:

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Er dient einer notwendigen Rechtsbereinigung, die bei Gelegenheit dieses Änderungsgesetzes angestrebt wird. Nennenswerte Mehrkosten entstehen nicht. Insofern sind auch keine zusätzlichen preislichen Auswirkungen gegenüber dem ursprünglichen Gesetzesvorschlag zu erwarten.

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers vom 21. Dezember 1989 — 121 (23) — 372 35 — Un 10/89.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333